

Abschied vom Wachstumszwang

AG Jenseits
des Wachstums



Bild: © Jassedesigner - Fotolia.com

– Aufbruch zum „guten Leben“

Wachstum ohne Ende?

Endloses Wirtschaftswachstum ist auf einem endlichen Planeten nicht möglich. Die globale Biokrise, vor allem die Klimakrise und das Erreichen des Fördermaximums von Erdöl (Peak Oil), setzen dem Wachstum äußere Grenzen. Wachsender Energiebedarf lässt sich zunehmend nur noch durch hochriskante Energiegewinnung decken – die Ölkatastrophe der Tiefseebohrung im Golf von Mexiko und der Atom-GAU in Japan sind nur die sichtbarsten Beispiele.

Wirtschaftswachstum ist von einem wachsenden Ressourcenverbrauch und einem wachsenden

Schadstoffausstoß nicht zu entkoppeln. Die Hoffnung auf ein „grünes“, „qualitatives“ oder „selektives“ Wachstum ist eine Illusion; teilweise dient sie der Rechtfertigung des Weiter-so, um die vorherrschende ausbeuterische Produktionsweise und die imperiale Lebensweise in den Industrieländern nicht in Frage stellen zu müssen. Doch ein „Gesund schrumpfen“ der Ökonomie bis zu einem Zustand des stabilen Gleichgewichts ist notwendig. Diesen ökonomischen Abrüstungsprozess solidarisch zu organisieren wird die entscheidende Aufgabe der nächsten Jahre sein.

Perspektiven jenseits des Wachstums

Wachstumskritik und die Suche nach Perspektiven für Ökonomie und Gesellschaft jenseits des Wachstums sind ein globalisierungskritisches Projekt. Unsere Vorstellungen von Alternativen zielen nicht darauf ab, die Ökonomien innerhalb der bestehenden ökonomischen und sozialen Strukturen und Verteilungsverhältnisse zu schrumpfen, wie neoliberale und neofeudalistische Spielarten der Wachstumskritik dies befürworten. Stattdessen geht es uns darum, konkrete soziale Rechte für alle Menschen zu verwirklichen – heute und in Zukunft, hier und überall. Nur durch eine Abkehr vom Wachstumswahn im globalen Norden kann globale ökologische Gerechtigkeit möglich werden. Die folgenden Perspektiven schließen dabei an eine Vielzahl von Überlegungen und Aktionen der globalen sozialen Bewegungen an.

Sozial-ökologischer Umbau:

Industrialisierte Gesellschaften werden mit deutlich weniger Produkten und energieintensiven Dienstleistungen auskommen müssen als bisher. Damit stellen wir die ureigene Grundlage des Kapitalismus in Frage, die bedeutet, dass nur investiert wird, wenn erwartet werden kann, dass das Kapital als eine größere Summe zurückkehrt. Dies gelingt nur, wenn nicht nur mehr produziert, sondern auch mehr verkauft wird. Dabei müssen die Menschen mitspielen und sich dem Immer-mehr, Immer-größer, Immer-schneller auch persönlich unterwerfen. Bedürfnisse, menschliche Arbeit und Naturverbrauch werden auf diesen abstrakten Zweck hin ausgerichtet. In einer Postwachstumsperspektive muss dagegen die Frage gestellt werden, welche konkreten Produkte und Dienstleistungen die Bedürfnisse der Menschen mit einem möglichst geringen Naturverbrauch befriedigen.

Energiedemokratie:

Ein rascher Umstieg auf erneuerbare Energien und deren möglichst effiziente Nutzung sind dringend geboten. Aber auch wenn das gelingt, kann nicht am bisherigen Verbrauchsmodell festgehalten werden. Eine deutliche Reduktion des Gesamtenergieverbrauchs ist unumgänglich. Der Energiesektor muss dabei grundlegend umgebaut werden – dezentral, konzernfrei und unter demokratischer Kontrolle. Die fossilistischen Sektoren der Wirtschaft, die von

Öl, Kohle und Gas abhängen, müssen rasch und drastisch schrumpfen. Ein erster Schritt könnte dabei sein, den sofortigen und vollständigen Ausstieg aus der Atomwirtschaft so zu gestalten, dass die dadurch nicht mehr produzierte Energie nicht ersetzt, sondern eingespart wird. Der Strompreis muss vor allem für diejenigen teurer werden, die dadurch den größten Anreiz zum Stromsparen hätten. Alleine die Umkehr der Strompreisstaffel so, dass Großverbraucher auch die höchsten Preise zahlen, würde vermutlich den Einspareffekt im notwendigen Umfang auslösen.

Deglobalisierung:

Klimawandel und das Ende der besonders für den Transport globaler Wertschöpfungsketten notwendigen fossilen Energieträger machen eine Deglobalisierung und ein Brechen mit der Freihandelsdoktrin dringend notwendig. Die globalen Finanzmärkte müssen demokratisch kontrolliert und deutlich geschrumpft werden. Regionalisierung und Lokalisierung von Produktion, Verteilung und Konsum sind dringend notwendig, wobei es gilt, die damit einhergehenden reaktionäre Gefahren der Retraditionalisierung zu verhindern. Ernährungssouveränität und Energiedemokratie könnten dabei Einstiegsprojekte sein.

Risikotechnologien:

Destruktiv- und Risikotechnologien wie Atomenergie, Gentechnik oder Rüstungstechnologien müssen schon deshalb beseitigt werden, weil sie grundsätzlich nicht beherrschbar sind – auch ein größter anzunehmender Unfall im Bereich der Gen- und Nanotechnologie würde die gesamte Biosphäre gefährden. Aber ihre Beseitigung würde auch Platz machen für energie- und emissionsärmere, ressourcenschonende Prozesse.

Technologien und Verfahren ohne Gebrauchswert:

Zahlreiche ökonomische Abläufe finden nur deshalb statt, weil so die Gewinne der Unternehmen steigen. Dazu gehört ein Großteil des Verkehrs und globaler Handelsströme, die Billigproduktion auf möglichst raschen Verschleiß, fast die gesamte Verpackungs- und Müllindustrie, die Werbung und manches andere. All das kann ersatzlos entfallen.



Antimilitarismus und Migration:

Die zunehmende Ressourcenknappheit beschwört bei einem Festhalten an der herrschenden Wachstumsökonomie die Gefahr von Ressourcenkriegen herauf. Diese Gefahr ist leider längst nicht mehr abstrakt, sondern diese Kriege gibt es schon. Vor diesem Hintergrund kommt es entscheidend auf die Stärkung antimilitaristischer und pazifistischer Kräfte an, die jeder militärischen Intervention die Legitimität entziehen. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex kämpft jetzt schon an den Außengrenzen der EU gegen Flüchtlinge, zunehmend auch gegen Opfer von Ressourcenkriegen und Klimakatastrophen. Es ist entscheidend, dass die europäischen Gesellschaften sich ihrer Verantwortung für diese Menschen bewusst werden und die Grenzen öffnen.

Umverteilung und Sicherung des Sozialen:

Angesichts des notwendigen Schrumpfens der Ökonomie und angesichts der zunehmenden Ressourcenknappheit ist es notwendig, die Vorstellung zu überwinden, dass nur umverteilt werden kann, wenn die Wirtschaft wächst. Längst geht es darum, mit knappen Ressourcen solidarisch umzugehen und zu verhindern, dass sich eine Elite einen übermäßigen Naturverbrauch leisten kann, während immer größeren Bevölkerungsteilen das Nötige fehlt. Es ist genug für alle da, aber das bedeutet nicht, dass jedeR immer von allem alles haben kann. Ein aufmerksamer und verantwortungsvoller Umgang mit den ökologischen und geografischen Grenzen der Erde ist unerlässlich. Der notwendige Abschied von bisherigen Lebensgewohnheiten (jährliche Urlaubsflüge etc.) wird nur dann auf die nötige Akzeptanz stoßen, wenn in einem demokratischen Prozess darum gerungen wird, wenn es dabei gerecht zugeht und die sozialen Grund- und Freiheitsrechte aller Menschen geachtet werden. Wenn in einem ersten Schritt der Konsum der Eliten, unproduktive kollektive Verschwendung und der Herrschaftskonsum beschnitten werden, dann wird den Menschen die Einsicht in die eigenen Anteile an der Verschwendungswirtschaft sehr viel leichter fallen.

Globale Gerechtigkeit:

Die politischen Auseinandersetzungen um eine gerechte Sozialpolitik unter dem Vorzeichen knapper werdender Ressourcen können nur im Blick auf die globale Situation geführt werden. Soziale Gerechtigkeit kann nur im Weltmaßstab gedacht und verwirklicht werden. Sie muss die berechtigten Lebensinteressen der Menschen in den arm gemachten Ländern des Südens anerkennen. Dazu gehört zuallererst und sofort die Herstellung eines sicheren Zugangs zu Nahrungsmitteln und die Förderung ihrer Ernährungssouveränität.

Arbeitszeitverkürzung:

Eine radikale Arbeitszeitverkürzung kann ein zentrales Projekt auf dem Weg zu einer solidarischen Postwachstumsökonomie sein. Das heutige Niveau der Güterproduktion ist nur möglich, weil in großem Ausmaß fossile Energie verbraucht (und verschleudert) wird. Die so erzeugte Gütermenge ist viel größer, als sie für ein gutes Leben aller notwendig wäre. Gütermenge und Energieverbrauch müssen

sinken und das bedeutet auch, das Gesamtvolumen an geleisteter Lohnarbeit in einer Volkswirtschaft zu reduzieren. Damit wird es auch möglich, gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten wie Erziehung, Pflege, politische und künstlerische Betätigung geschlechtergerecht umzuverteilen. In manchen Bereichen wird die Produktivität pro Arbeitsstunde weiter wie bisher ansteigen, aber es wird auch Umstellungen auf energieärmere Prozesse geben, die mehr Arbeit benötigen als bisher. Ein Umbau der industriellen Landwirtschaft auf ökologischen Landbau wird beispielsweise Energie sparen und die Gesamtproduktion erhöhen, aber mehr menschliche Arbeit erfordern, weil er den Maschineneinsatz richtigerweise reduziert. Keinesfalls sollen noch mehr Arbeitsbereiche – wie bei Modellen „qualitativen Wachstums“ im Dienstleistungssektor – in eine marktformige Verwertungslogik gezwungen, sondern so viele Lebensbereiche wie möglich außerhalb dieser Logik organisiert werden.

Gemeingüter und Entmonetarisierung:

Wir bekämpfen die Privatisierungswut und treten dafür ein, dass insbesondere die Bereiche der Daseinsvorsorge der Logik der Profitmaximierung entzogen und in öffentliche und demokratische Verantwortung zurückgegeben bzw. überführt werden. Darunter fallen vorrangig das Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Mobilität. Das schafft die Voraussetzungen dafür, dass nicht mehr die Erzielung hoher Dividenden, sondern die Interessen der Menschen zum entscheidenden Kriterium werden.

Solidarische Ökonomie:

Alternative Formen des solidarischen Zusammenlebens und gemeinsamen Wirtschaftens gilt es zu fördern, die darauf abzielen, mehr und mehr Lebensbereiche der Wachstumslogik zu entziehen und die Menschen dazu zu ermächtigen, ein gutes Leben möglichst jenseits der Kapitalverwertungszwänge zu führen: Genossenschaftliche Übernahme von immer mehr Produktionsabläufen in die eigenen Hände, der Aufbau lokaler und regionaler Solidarstrukturen und Formen der Wirtschaftsdemokratie. Sie machen die Menschen unabhängiger und sind möglicherweise Keimzellen einer neuen, lebensfreundlichen Ökonomie, woraus sich bereits sehr konkrete Perspektiven für eine Postwachstumsökonomie und ein gutes Leben für alle ergeben.

Solidarische Lebensweise:

Ein solcher Wandel ist weit mehr als technische Innovation, er braucht lebendige, verantwortungsvolle und solidarische Subjekte. Entscheidend für das Gelingen dieser gesellschaftlichen Transformation wird daher ein struktureller und kultureller Wandel sein, der eine Kultur des Genug und einen solidarischen Umgang mit deutlich weniger Energie, Rohstoffen, materiellen Gütern vorantreibt. Wir sind uns dessen bewusst, dass wir unseren Kampf gegen die lebensbedrohende Wachstumsökonomie nur kohärent führen und durchhalten werden, wenn wir uns gegenseitig dazu ermutigen, auch in unserem alltäglichen Leben mit dem Produktivismus, der imperialen Lebensweise und dem Konsumismus zu brechen.

Aufbruch

Um viele der hier angesprochenen Notwendigkeiten und Ziele finden längst national, in Europa und global Kämpfe und Auseinandersetzungen statt. Die Bewegungen gegen Atom- und Gentechnologie, die antimilitaristischen Mobilisierungen, Kämpfe gegen die unmenschlichen Migrationsregimes überall auf

der Welt sind Orte unseres Engagements. Wir sehen unsere Rolle nicht zuletzt darin, gemeinsam mit diesen Partnern darauf zu achten, dass das Erstreiten sozial gerechter Verhältnisse bei uns nicht zur chauvinistischen Verteidigung eines fragwürdigen Wohlstands gerät.

Wer oder was ist Attac?

Attac ist ein breites Netzwerk, das sich den Sachzwängen der Globalisierung widersetzt. In über 30 Ländern haben sich Menschen und Organisationen aus der Umwelt-, Friedens- und internationalen Solidaritätsbewegung, aus Kirchen und Gewerkschaften zu Attac zusammengeschlossen. Allein in Deutschland machen schon über 25 000 Menschen mit. Attac streitet für ein faires Welthandelssystem, gegen die Übermacht der Finanzmärkte und gegen die lokale und weltweite Verteilungs-Ungerechtigkeit. Das Netzwerk entwickelt Alternativen für ein solidarisches und umweltverträgliches Miteinander. Attac steht für vielfältige und kreative Aktionsformen: von Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen bis zum Protest bei internationalen Gipfeln oder spektakulären Aktionen des zivilen Ungehorsams. Unter dem Motto „Jenseits des Wachstums?!“ organisierte Attac 2011 einen wachstumskritischen Kongress. Seitdem arbeitet innerhalb von Attac die Arbeitsgruppe Jenseits des Wachstums zu diesem Thema (www.attac.de/jenseits-des-wachstums).

Weitere Adressen und AnsprechpartnerInnen finden sich im Internet unter www.attac.de oder können telefonisch im Bundesbüro erfragt werden:

Attac, Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt/M. – Tel.: 069-900 281-10, Fax: -99 – info@attac.de